

## Newsletter 03 / 2026

26.3.2026

Den aktuellen und auch ältere Newsletter finden Sie zum Download als PDF auf unserer [Website](#).

Liebe Leser\*innen,

in Zeiten zunehmend leererer Kassen werden Sozialleistungen und Leistungen der Eingliederungshilfe immer stärker hinterfragt: Sie werden vor allem als Kostenfaktor gesehen - dass es sich bei der Teilhabe von Menschen mit Assistenzbedarf um ein Menschenrecht handelt, wird dabei geflissentlich übersehen. Gegen diese Sichtweise und die damit im Raum stehenden Leistungskürzungen wendet sich Anthropoi Selbsthilfe zusammen mit anderen Verbänden ganz entschieden! Lesen Sie dazu die Beiträge zu einer Kampagne der Lebenshilfe und die Stellungnahmen des Paritätischen und der Fachverbände.

Einen schönen Frühlingsanfang wünscht Ihnen

Ihre Newsletter-Redaktion  
Volker Hauburger und Rukiye Keskin



## Link des Monats

### Teilhabe ist Menschenrecht

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. macht mit der Kampagne „Teilhabe ist Menschenrecht“ darauf aufmerksam, wie wichtig die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist und dass sie nicht zur Kürzung sozialer Leistungen führen darf. Die Aktion will zeigen, dass Unterstützung wie Assistenz, Schulbegleitung oder Wohnhilfen Grundvoraussetzung für eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben ist – und ein Menschenrecht, das auch in politischen Debatten geschützt werden muss.

[Hier](#) geht es zum Link des Monats.

## INHALT

Neues aus der Selbsthilfe | BTHG – Bundesteilhabegesetz | Neues aus dem Rechtsleben |  
Neues aus Politik und Gesellschaft | Neulich in ... | Termine | Lust auf mehr ...

## Neues aus der Selbsthilfe

### Das Mini-Poster der mittelpunkt-Schreibwerkstätten

Ab 2026 werden die mittelpunkt-Seiten aus den Schreibwerkstätten von Anthropoi Selbsthilfe als eigenständiges Mini-Poster veröffentlicht. Damit sichern wir weiterhin die Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit Assistenzbedarf, auch nachdem die Rubrik „mittelpunkt“ in der Zeitschrift PUNKT UND KREIS eingestellt wurde.

Die ersten Mini-Poster aus den Schreibwerkstätten von Anthropoi Selbsthilfe sind bereits verschickt worden und haben viele unserer Mitglieder und Interessierten erreicht.

Die Mini-Poster erscheinen vierteljährlich im Format A4 (aufgeklappt A3) und enthalten:



Texte und Beiträge aus den Schreibwerkstätten,  
Fotografien der Teilnehmenden (mit Einwilligung) und  
Illustrationen und Collagen aus den Werkstätten.

Die Poster werden gemeinsam mit dem Infoblatt „informiert!“  
per Post versendet und stehen zusätzlich als PDF zum Download  
auf unserer Website bereit.

Die Mini-Poster bieten eine ansprechende, kreative Möglichkeit,  
die Ergebnisse der Schreibgruppen sichtbar zu machen und zu  
teilen – ein laufendes, hochwertiges Angebot der Anthropoi  
Selbsthilfe für alle Interessierten.

## Neues aus dem Rechtsleben

### 17 Jahre UN-BRK – Deutschland muss endlich barrierefrei werden

Zum 17. Jahrestag der UN-Behindertenrechtskonvention wies das Deutsche Institut für Menschenrechte anlässlich des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zum BGG darauf hin, wie wichtig ein barrierefreier Zugang – gerade auch zu privaten Dienstleistungen, seien es Restaurants, Geschäfte oder Arztpraxen – für Menschen mit Behinderungen ist, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

In der Pressemitteilung heißt es dazu:

„Die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes, die bis Sommer 2026 abgeschlossen werden soll, bietet eine Chance für Fortschritte. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom Februar 2026 erkennt erstmals an, dass auch private Unternehmen Barrierefreiheit gewährleisten müssen. Das ist grundsätzlich positiv. Doch der Entwurf bleibt hinter den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention weit zurück. Sollte er so beschlossen werden, bringt das neue Gesetz in der Praxis kaum Verbesserungen für Menschen mit

Behinderungen“, befürchtet Schlegel. Besonders schwer wiegt, dass die Privatwirtschaft nicht ausreichend zur Barrierefreiheit verpflichtet wird: Lediglich auf Anfrage und im Einzelfall müssen Maßnahmen ergriffen werden. Selbst kleinste Anpassungen von Gütern und Dienstleistungen werden pauschal als unzumutbar erklärt – unabhängig von der Größe des Unternehmens. Auch die Rechtsschutzmöglichkeiten bleiben laut Entwurf auf ein Minimum beschränkt.“

Die vollständige Pressemitteilung findet sich auf der [Website](#) des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Nutzen Sie die Möglichkeit und sprechen Sie auch Ihre\*n Bundestagsabgeordnete\*n an.

### **Diskriminierungsschutz in Triage-Situation sicherstellen**

In medizinischen Krisenzeiten, wenn intensivmedizinische Ressourcen knapp sind, stellt sich die Frage, wie lebensrettende Maßnahmen zugeteilt werden, ohne dass dabei Menschen benachteiligt werden. Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert, dass in solchen Triage-Situationen der Zugang zur Gesundheitsversorgung diskriminierungsfrei geregelt sein muss – besonders für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen.

Nach der Aufhebung der bisherigen bundesgesetzlichen Regelung (§ 5c Infektionsschutzgesetz) durch das Bundesverfassungsgericht 2025 ist aktuell eine rechtliche Schutzlücke entstanden, die dringend geschlossen werden soll. Das Institut fordert eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung, die den Schutz vor Diskriminierung bei der Zuteilung knapper Ressourcen sicherstellt und menschenrechtliche Vorgaben einhält.

Zudem müsse bei der Ausarbeitung solcher Regelungen die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen über ihre Organisationen gewährleistet werden, um den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website](#) des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

## **Neues aus Politik und Gesellschaft**

### **Unterstützung für einen starken Sozialstaat**

Ein breites Bündnis aus 14 zivilgesellschaftlichen Organisationen – darunter der Paritätische Gesamtverband – macht sich für einen starken und gerechten Sozialstaat stark. Eine aktuelle Umfrage zeigt: Die große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt eine gute soziale Absicherung und deren faire Finanzierung.

Besonders deutlich wird die Zustimmung bei Themen wie Pflege, Rente und Gesundheitsversorgung. Viele Menschen sprechen sich zudem dafür aus, hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung zu beteiligen.

Das Bündnis betont: Ein funktionierender Sozialstaat ist entscheidend für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und eine stabile Demokratie – und darf nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website](#) des Paritätischen Gesamtverbandes.

## **Fachverbände warnen vor Einsparungen bei Eingliederungshilfe**

Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung gemeinsam mit dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) haben eine gemeinsame Stellungnahme zur aktuellen Diskussion um die Eingliederungshilfe veröffentlicht. Sie kritisieren, dass wiederholt Spardebatten über die Einschnitte in Leistungen geführt werden, obwohl diese Hilfen für gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unverzichtbar sind. Aus Sicht der Verbände verunsichern die immer neuen Gesprächsformate und Reformprozesse Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen, weil sie den Eindruck erwecken, dass es weniger um die tatsächlichen Bedarfe als um abstrakte Kostenziele geht. Die Stellungnahme fordert daher eine umfassende Beteiligung von Menschen mit Behinderung, ihrer Selbstvertretungsorganisationen und Leistungserbringern, bevor weitreichende Entscheidungen getroffen werden.

[Zum Positionspapier.](#)

## **Zukunftspakt Pflege – Fachverbände mit klarer Position**

Ein breites Bündnis von Fachverbänden der Behindertenhilfe und Pflege hat ein Positionspapier zum Zukunftspakt Pflege veröffentlicht. Darin fordern sie eine zukunftssichere, qualitativ hochwertige und sozial gerechte Pflege, die den realen Bedürfnissen von Menschen in Pflege und Betreuung entspricht – statt rein kassenfinanzierter Sparlogik.

Die Verbände betonen, dass es bei einer nachhaltigen Pflegepolitik nicht nur um Ressourcen, sondern vor allem um faire Arbeitsbedingungen, Anerkennung und bessere Strukturen für Pflegenden und Gepflegte geht. Sie plädieren für eine stärkere Beteiligung der Betroffenen und Fachpraxis in politischen Entscheidungen, um Pflege wirklich „zukunftsfähig“ zu machen.

[Zum Positionspapier.](#)

## **Kontroverse Debatte über Auswirkungen des nicht-invasiven Pränataltests**

Der nicht-invasive Pränataltest (NIPT), der seit einigen Jahren von den Krankenkassen bezahlt wird, bleibt ein umstrittenes Thema – nicht nur aus Sicht vieler Menschen mit Behinderungen und ihrer Interessenvertretungen. Es besteht die Sorge, dass durch die breite Nutzung des Tests ein gesellschaftliches Signal entsteht, das Menschen mit Behinderungen weniger willkommen sind. Kritisch gesehen wird auch, dass der Test routinemäßig angeboten wird, ohne ausreichend über ethische Fragen und mögliche Folgen für Inklusion und Teilhabe zu sprechen.

Im Bundestag wurde am 20. März 2026 ein fraktionsübergreifender Antrag erstmals beraten. Darin wird gefordert, die Auswirkungen der Kassenzulassung des Tests genauer zu beobachten (Monitoring). Viele Abgeordnete unterstützen dieses Anliegen, gleichzeitig gab es auch kritische Stimmen. Der Antrag wird nun in den zuständigen Ausschüssen weiter beraten.

Ein fast gleichlautender Gruppenantrag war bereits in der vergangenen Legislaturperiode beraten worden. Weil die Ampel-Koalition zerbrach, wurde über den Antrag aber nicht mehr abgestimmt. Vizepräsident Bodo Ramelow (Die Linke) machte die Zuschauenden im

Bundestag darauf aufmerksam, dass eine solche fraktionsunabhängige Debatte über ethische und gesellschaftliche Fragestellungen im Bundestag ausgesprochen selten sei.

Wer Interesse hat, kann die Debatte [hier](#) anschauen.

## Termine

### **Mitglieder Online Austausch – Gemeinsam Mensch sein!**

**Montag, 13. April 2026 um 19.00 Uhr**

Thema: "Regionale und inklusive Veranstaltungen von Anthropoi Selbsthilfe - wie organisieren wir sie?"

Bitte melden Sie sich an unter [info@anthropoi-selbsthilfe.de](mailto:info@anthropoi-selbsthilfe.de).

### **Mitgliederversammlung des Freundeskreis Camphill**

**13. Juni 2026**

In der Camphill Dorfgemeinschaft Hermannsberg.

<https://freundeskreis-camphill.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/>

### **Anthropoi Selbsthilfe Tag 2026**

(mit Mitgliederversammlung und Wahl des Vorstands)

**Samstag, 19. September 2026**

In der Albrecht-Strohschein-Schule in Oberursel, Hessen.

Termin bitte vormerken!

## Lust auf mehr...

### **Zahngesundheit für Menschen mit Behinderung – kostenloser Flyer**

Menschen mit Behinderung haben beim Thema Zahngesundheit oft besondere Herausforderungen. Der kostenlose Flyer des Informationszentrums Zahn- und Mundgesundheits (IZZ) bietet hilfreiche Informationen und praktische Tipps rund um Zahnarztbesuche, Vorbereitung und Mundhygiene im Alltag. Ziel ist es, Betroffene, Angehörige und Betreuungspersonen zu unterstützen und eine möglichst stressfreie zahnärztliche Versorgung zu ermöglichen.

Den Flyer können Sie [hier](#) kostenlos bestellen oder herunterladen.

### **Fragiles-X-Syndrom einfach erklärt**

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. bietet auf ihrer Website eine leicht verständliche Information zum Fragilen-X-Syndrom – einer erblichen genetischen Beeinträchtigung, die besonders bei Jungen zu Entwicklungs- und Lernschwierigkeiten führen kann.

In dem Beitrag wird erklärt, was das Syndrom ist, wie es sich zeigt und welche Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe Menschen mit Fragilem-X-Syndrom haben können. Besonders hilfreich ist der Text in Leichter Sprache, so dass auch Betroffene und Angehörige verständlich informiert werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website](#) der Lebenshilfe.

.

## Impressum

### Anbieterkennzeichnung gemäß § 5 Digitale Dienste Gesetz

Im Auftrag des Vorstandes von Anthropoi Selbsthilfe: Rukiye Keskin  
Herausgegeben von der Beratungs- und Geschäftsstelle der  
Bundesvereinigung Selbsthilfe im anthroposophischen Sozialwesen e.V.  
(Anthropoi Selbsthilfe)

Argentinische Allee 25 | 14163 Berlin  
Tel. 030 / 80 10 85 18 | Fax 030 / 80 10 85 21  
E-Mail: [info@anthropoi-selbsthilfe.de](mailto:info@anthropoi-selbsthilfe.de)

<https://anthropoi-selbsthilfe.de>

Anthropoi Selbsthilfe wird gesetzlich vertreten durch den Vorstand: Andreas Enke, Dr. Maya Halatcheva-Trapp, Volker Hauburger, Jutta Neuhauser-Wichtler

[Datenschutzerklärung](#).

Foto: Volker Hauburger

### Ihre Spende hilft!

Jeder Betrag zählt – für unseren Einsatz für Menschen mit Assistenzbedarf.

**Spendenkonto** bei der SozialBank Köln, BIC: BFSW DE33 XXX

IBAN: DE65 3702 0500 0003 2472 01

Wenn Sie künftig diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte einfach mit: an [info@anthropoi-selbsthilfe.de](mailto:info@anthropoi-selbsthilfe.de)